

Verantwortl. Redakteur: N. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: N. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.
Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten...

Abend-Ausgabe.

Die Pläne der Marineverwaltung.

Ueber die von der Marineverwaltung beabsichtigte Vermehrung des Schiffsmaterials der deutschen Flotte wird nunmehr Einiges aus Mittheilungen bekannt, deren Quelle augenscheinlich auf eine amtliche Stelle zurückzuführen ist.

Nach den halbamtlichen Darlegungen soll die Forderung im ersten Jahre 50 Millionen nicht überschreiten und in den folgenden Jahren sich in der Höhe von etwas mehr als 60 Millionen bewegen; hierzu würde alsdann noch als dauernde Ausgabe für die Personalvermehrung etwa eine Million treten.

Vom deutschen Handelstag.

Berlin, 28. September. Ueber die sonstigen Gegenstände der Tagesordnung der gestrigen Sitzung wird berichtet: Zur Erörterung der Garnnummernung erstattet Schiemer kommerzienrath Vogel-Chemnitz Bericht.

Zolles auf Errommelfelle übergegangen, bezüglich dessen der Geh. Kommerzienrath Michel-Mainz berichtet. Die Handels- und Gewerbekammer zu Sonneberg hat sich beim Bundesrath gegen eine Bestimmung des neuen amtlichen Waarenzeichnisses gewendet.

Es folgt die „Darstellung der Reichspostverwaltung für Versehen ihrer Beamten“. Bericht-erstattet Herr Kommerzienrath Weidert-München. Die Handelskammer Danabrid hat beantragt: Für den Fall, daß Jemand der Postverwaltung erklärt, die an ihn eingehenden Postsendungen selbst abzulösen oder abholen zu lassen, sieht § 48 des Gesetzes über das Postwesen des deutschen Reiches vom 28. Oktober 1871 die Möglichkeit vor, daß mit der Postverwaltung ein Abkommen getroffen wird, nach dem dieser die Prüfung der Legitimation desjenigen, der sich zur Abholung meldet, obliegt.

Aus dem Reich.

Zu der projektirten Reise des Kaisers nach Jerusalem verlautet, daß der Kaiser mit der Kaiserin und den ältesten Prinzen in Begleitung des Vopredigers Dr. Prandl gegen Ende April sich nach Jerusalem begeben wird, um bei der Einweihung der auf dem ehemaligen Johanniterplatze gebauten Kirche zugegen zu sein.

Der Arbeitsausschuß des Komitees zur sofortigen Verringerung der Noth in Schlesien legt Sonntag unter dem Vorsitz des Grafen v. Hochberg eine Sitzung ab. Der Schriftführer Hofmarschall Freier von Lüdendorff berichtete, daß dem Komitee bis jetzt 36 496,55 Mark an baarem Gelde zugegangen sind.

Deutschland.

Berlin, 28. September. Die preussische Staatsbahnverwaltung veröffentlicht im „Staatsanzeiger“ eine umfangreiche Erklärung über die neuerdings so häufig vorgekommenen Eisenbahnunfälle. Es wird darin mitgetheilt, daß nach dem Abschluß der noch schwebenden gerichtlichen Untersuchungen dem Bunde in einer ausführlichen Denkschrift Aufschluß gegeben werden wird.

Die Verwaltung vermahnt sich gegen den Vorwurf, daß die beklagenswerthe Fäufung der Betriebsunfälle der letzten Zeit auf ein verfehltes Sparsystem zurückzuführen sei. Gegen den Vorwurf wird aber im Wesentlichen nur geltend gemacht, daß bei der Neuordnung der Verwaltung am 1. April 1895 den Direktionen folgende allgemeine Richtlinien gegeben worden ist: Die Etatsfonds zur Befriedigung der gegebenen Bedürfnisse der laufenden Verwaltung, insbesondere zur ordnungsmäßigen Durchführung und Sicherung des Betriebes, sind den Inspektionen selbstständig ungeschmälert zur Verfügung zu stellen.

Man wird hoffen dürfen, daß diese Richtlinien auch ernstlich innegehalten wird. Ueber die jetzt eingesetzte Kommission wird mitgeteilt: Die eingesetzte Kommission wird die Zahl, Inanspruchnahme und Beaufichtigung des Personals auf einer großen Anzahl von Stationen, namentlich an den schwierigeren Verkehrspunkten eingehend prüfen. Ihrer Aufgabe gemäß wird an Ort und Stelle von ihr festgestellt werden, ob die Zahl der Beamten oder den etwa vorübergehend oder regelmäßig eintretenden besonderen Schwierigkeiten Rechnung trägt und der Wirkungsfreis eines Einzelnen nicht zu groß ist, ob und in welchem Umfange regelmäßige Dienstleistungen durch Hilfsbeamte geleistet werden müssen und ob solche Hilfsbeamte die vorgeschriebene praktische Ausbildung in vollem Umfange genossen haben, ob die Dienstbahn den besonderen Verhältnissen angepaßt ist — z. B. auf Stellwerken mit starkem oder schwachem Verkehr —, auf Stationen mit dichter Zugfolge oder mit wenigen Zügen, an den Telegraphen mit ununterbrochenem oder unterbrochenem Dienste, an den Zügen mit starker oder geringer Inanspruchnahme des Personals, in welchem Umfange durch Unregelmäßigkeiten im Betriebe eine Erhöhung der planmäßigen Dienstdauer thatsächlich eingetreten ist, namentlich bei Lokomotiv- und Zuggarnituren, ob die Aufstellungs- und Uebernahmestellen in geeigneter Zahl vorhanden sind, nach ihrer Lage die nötige Ruhe und Erholung thatsächlich genähert und ob sie den Anforderungen in gesundheitlicher Hinsicht entsprechen, ob endlich die Beaufichtigung des Dienstes und des Personals von den leitenden und aufsichtführenden Stellen mit der nötigen Gründlichkeit angepaßt wird, namentlich die Bezirke der zur Aufsichtsführung berufenen Inspektionen zu bemessen sind, daß die Verrichtung einer ständigen scharfen Aufsicht über den Betrieb dauernd im Stande sind. Wo die Untersuchungen eine Ueberbürdung von Beamten oder einen sonstigen Mangel hinsichtlich der Verwendung des Personals ergeben sollen, wird für Abhilfe unverweilt gesorgt werden. Ebenso erfordert aber die Sorge für die Sicherheit des Betriebes und die schwere Verantwortung der leitenden Stellen eine schonungslose Strenge bei groben Verstößen des Personals gegen die gegebenen Vorschriften und Anordnungen.

Die Ausweisung schließt mit den Worten: „Ueber alle hier in Betracht kommenden Verhältnisse wird die Denkschrift demnächst erscheinend und durch Zahlen belegten Aufschluß und damit voraussichtlich auch den Beweis liefern, daß, wenn genügt und noch vieles im Eisenbahnwesen der Vervollkommnung harret, doch an dem Ernst und dem festen Willen der Verwaltung nicht gezweifelt werden darf, allen Fortschritten der Technik zu folgen, Widerstände zu beseitigen und unter schonender Verwendung der Beamten wie zweckmäßiger Einrichtung des Dienstes den Bedürfnissen des Verkehrs gerecht zu werden.“

Aus Anlaß des Untergangs des Torpedoboots „S 26“ hat der Chef der Marine-Inspektion des österreichisch-ungarischen Reiches Admiral Frhr. von Sterned an den Staatssekretär des Marineamts von Tirpitz folgendes Telegramm gerichtet: „Schmerzlich ergriffen von der Nachricht über den Untergang des Torpedoboots, bei welchem Herzog Friedrich Wilhelm von Mecklenburg und viele andere Kameraden als leuchtendes Vorbild seemannischen Heldenthums in gereuer Pflichterfüllung für Kaiser und Reich ihr Leben verloren, bitte ich die Stadt an etwa 2500 Radfahrer die erhobene Gebühr von je 2 Mark zurückzuführen.“

Darauf ist folgende Antwort an den Admiral Frhr. v. Sterned gefandt worden: „Guter Excellenz sage ich im Namen der deutschen Marine meinen herzlichsten Dank für die Theilnahme Guter Excellenz und der k. u. k. Kriegsmarine an dem Untergang des Torpedoboots „S 26“ und dem jähen Tod des ritterlichen Herzogs Friedrich Wilhelm von Mecklenburg und der braven Besatzung. Die Theilnahme Guter Excellenz und der Kameraden des verbündeten Reichs festigt die Bande der Kameradschaft, die beide Kriegsmarinen in Freud und Leid vereinigen. Tirpitz.“

Wie aus Paris gemeldet wird, haben der Präsident Faure und der Minister des Auswärtigen Kanotage aus Anlaß des Todes des Herzogs Friedrich Wilhelm zu Mecklenburg die dortige deutsche Botschaft erlucht, ihr Beileid an den Herzog-Regenten zu übermitteln. Der Herzog-Regent beauftragte darauf den Geschäftsträger der deutschen Botschaft Botschaftsrath v. Müller, dem Präsidenten Faure und dem Minister Kanotage seinen wärmsten Dank für die Bezeugung der Theilnahme auszusprechen.

Als Beispiel dafür, wie schwer es sei selbst für den ordnungsliebendsten Staatsbürger, keine Gesetzesübertretung zu begehen, berichtet die „Volksztg.“: In Baden-Baden wurden gestern wegen Verloreses die Bestimmungen über die Sonntagsgesetze zwei Badergäste, die in einem Blumenladen Blumen kauften, von einem Schutzmännchen festgehalten. Einer der Kaufenden legitimirte sich als der Oberbürgermeister von Stuttgart Mümlin, der andere als der Reichstanzler Fürst v. Hohenlohe.

In einer katholischen Arbeitervereins-Versammlung zu Frankfurt a. M. äußerte Herr Dr. Lieber sich u. a. folgendermaßen: „Wenn die Herren im Bundesrathe wüßten, welche hohe Gefahr einem großen Theile des Volkes droht, der Gefahr des Umsturzes zu unterliegen, so würden sie sich die berufene Mitarbeiterkraft gerade der Jesuiten durch deren Zurückberufung so rasch wie möglich sichern.“

Daß sich der Bundesrath dieser Gefahr mehr als das Zentrum bewußt ist, geht doch schon daraus hervor, daß von jenen die Aufhebung des Verlehrsverbotes der Vereine nur unter gleichzeitiger Schaffung von Statuten gegen die Umsturzagitatorien bewilligt wird, während das Zentrum den sozialdemokratischen Agitatoren volle Bewegungsfreiheit und Gleichberechtigung bescheeren möchte. Daß gerade die Jesuiten im Stande seien, die Umsturzgefahr zu beschwören, ist mindestens eine ganz unbeweisbare Behauptung. In Staaten mit Jesuitenfreiheit gedeiht die Umsturzpropaganda ebenso, wo nicht noch in höherem Grade als bei uns.

Mit dem landesüblichen Pomp und Bombast wird jetzt einmal wieder für einen in Hamburg stattfindenden sozialistischen Parteitag Propaganda gemacht. Kein Mensch kümmert sich um die roten Herren, sie können ruhig unter sich sein und sich mit ihren persönlichen Streitigkeiten anreden und langweilen, wenn nicht bisweilen Dinge in die Öffentlichkeit gelangen, die auf die Solidarität der „Proletarier aller Länder“ ein bezeichnendes Streichlicht werfen würden. Daß die Sozialdemokraten, namentlich aber die sehr geliebten Bayern, nicht mehr mitwohnen, ist längst kein Geheimniß mehr. Wenn man die Macht hätte, so wäre Herr von Bollmar längst von seinen Bundesbrüdern hinausgemesselt worden, man fürchtete aber nur, daß dieser hervorragende Führer der bayerischen Sozialdemokratie eine eigene sozialdemokratische, „königlich bayerische“ sozialdemokratische Partei gründet, und das wäre für die „stärkste Partei“ Deutschlands, die thatsächlich von einem beschäftigungslosen Millionär geleitet wird, doch ein etwas klägliches Schauspiel. Bezeichnend aber ist es, daß die Sozialdemokraten Bayerns den Parteitag vollständig schmeiden. Unter den Anträgen, die bisher veröffentlicht wurden, befindet sich nämlich kein einziger bayerischer. Man scheint eben die Diktatur von Berlin oder Hamburg aus satt zu haben. Sehr bedenklich war nach dieser Richtung hin eine Nürnberger Versammlung unter dem Vorhise des Abgeordneten Gerlenberger, welche bezüglich der Maifeier noch weiter ging als die Hamburger Sozialdemokraten. Diese haben sich nur gegen die vom vorjährigen Parteitag eingeschärften „Arbeitsruhe“ am 1. Mai ausgesprochen, der bayerische Führer Gerlenberger verurteilt die Maifeier überhaupt und verweist die Demonstrationen auf den Aufsturtztag auf einen — regentfreien Sonntag im Juni, Juli oder August! Ebenso bemerkenswerth ist seine Stellungnahme gegen die geplante Aderverlegung der neu zu errichtenden Parteileitung nach Berlin, weil das „Verinerium“ auf den Parteivorstand sehr unangenehm einwirkt. In diesem Berlinerhäm ist aber das Gros der alten Führer Singer, Bebel, Liebknecht einbezogen. Man hängt eben in der Sozialdemokratie an, sich über die alten Maulbeiden zu langweilen, und das ist der beste Maßstab für die Werthung dieser Herren.

Oesterreich-Ungarn.

Zur Begehung des Königs von Rumänien mit Kaiser Franz Josef schreibt das „N. Wiener Tagblatt“: „Man wird nicht fehlgehen, im Königsbesuche eine Ergänzung der Kaiserbegegnungen und der bei diesen erfolgten Kundgebungen zu erblicken. Die Stellung Rumäniens zu den verbündeten Großstaaten wird durch die bester Zusammenkunft in weithin sichtbarer Weise beleuchtet. Daß das Ereigniß sich in der Hauptstadt Ungarns vollzieht, giebt dem Besuche ein eigenes werthvolles Gepräge. Den rumänischen Agitatoren wird deutlich vor Augen geführt, daß ihre Freireiserei gegen den benachbarten Freund von König gründlich desavouirt werden. Die unige Freundschaft der Monarchie zu Rumänien kann nur noch herzlicher sich gestalten, wenn der letzte Schatten eines ungarisch-rumänischen Antagonismus geschwunden ist.“

Wien, 27. September. Der König von Rumänien starrte heute Nachmittag dem Grafen v. Badien einen „königlichen Besuch ab. Das Befinden des Grafen Badien ist ein sehr zufriedenstellendes. Die Schmerzen sind mäßig. Die Kronprinzessin-Wittve Stephanie und Erzherzog Ludwig Viktor sandten sehr herzliche Telegramme. Erzherzog Josef Ferdinand gab persönlich seine Karte ab. Beim Besuche des Grafen Badien bestonte der König von Rumänien, er wolle ihn selbst sehen und wolle dem Kaiser Franz Josef über sein Befinden aus eigener Anschauung berichten. Graf Badien dankte eherbietig für die Schuld und erkundigte sich nach dem Befinden der Kronprinzen von Rumänien. Der König antwortete, daß es ihm besser gehe. Beim Weggehen drückte der König von Rumänien dem Sektionsrath Wiener gegenüber seine Freude aus, daß das Ansehen Badien's so gut sei, und sprach seine Verwunderung darüber aus, daß er trotz seiner Verwundung sich keine Ruhe gönne und

die Regierungsgeschäfte unermüdet fortführe. Der König hofft, daß er in kurzer Zeit wieder ganz hergestellt sein werde. — Sämtliche katholischen Geistlichen, die den Parteien der Rechten angehören, lehnten die Unterzeichnung der Beileidskundgebung an Badien ab. Graf Badien dürfte bereits übermorgen die erste Ausfahrt unternehmen. Abg. Wolf erhielt dröhnlich gegen 200 Grüße und über 1000 Briefe und Postkarten mit Glückwünschen aus allen Theilen Deutschösterreichs und Deutschlands, darunter von zahlreichen Gemeindevertretungen, Bürgermeistern, Köpferchaften und Abgeordneten. Die Bevölkerung Reichensbergs besagte in Folge des glücklichen Ausgangs des Zweikampfs die Käufer. Gestern sprach Wolf in Köslitz. Viele mühen in Folge des ungeheuren Andranges umher. Wolf wurde bei seinem Erscheinen mit himmlischen Heil- und Hochrufen und der Absingung der „Wacht am Rhein“ begrüßt. In seiner Rede entschuldigte sich Wolf, daß er über Borkommenisse der letzten Tage, einem Gebote des Kommands gehorchend, sich Zurückhaltung auferlegen müsse. Die Verammlung erklärte sich mit den Ausführungen Wolfs vollkommen einverstanden und schloß wieder mit Absingung der „Wacht am Rhein“.

Frankreich.

Paris, 27. September. Der „Temps“ schreibt, durch das unerhoffene Geständniß englischer Blätter, daß England sich in Ägypten zu Hause fühle, werde die ägyptische Frage auf die Tagesordnung der europäischen Diplomatie gesetzt. Man müsse aller Zweekmäßigkeit über den Zweck der Expedition nach Kharium ein Ende machen. Ob die notwendige Initiative zur Eröffnung der unabweislichen Bourpariers von einem jener Kabinette, deren Einernehmen in diesem Falle sicher sei, oder von der Türkei ausgehen möge — England werde sich verständigen müssen, ehe es viel weiter geht. Dierdurch könnten bedauerliche Zwischenfälle hintangehalten werden.

England.

London, 27. September. Das „Neuer'sche Bureau“ erfährt, die Regierung der Vereinigten Staaten habe sich seit Langem bemüht, Großbritannien zur Theilnahme an einer regulären Konferenz betreffend die Robbenfischerei zu bewegen, zu der Japan und Rußland zugelassen seien. Lord Salisbury habe aber lediglich der Abhaltung einer Konferenz der englischen, kanadischen und amerikanischen Sachverständigen betreffend die Lebensverhältnisse der Robben auf den Pribylow-Inseln zugestimmt. Präsident McKinley habe sodann mitgeteilt, daß auch Rußland und Japan an der Konferenz theilnehmen würden, worauf Lord Salisbury von jenseits zurücktrat, da Rußland und Japan an der Angelegenheit der Pribylow-Inseln untheilhaftig seien.

Griechenland.

Athen, 27. September. Der Präliminar-Friedensvertrag ist heute von dem russischen General als Doyen des diplomatischen Korps dem griechischen Minister des Auswärtigen übergeben worden.

Von der Marine.

Genua, 27. September. Auf der Werft der Gebrüder Ansaldo ging heute der neue Kreuzer „Garibaldi“ vom Stapel. Das Schiff ist eines der schönsten der italienischen Marine. Es hat 7000 Tonn n und 14 000 Pferdekraft, 30 Kanonen verschiedenen Kalibers sowie 2 Magazinsgeschütze. Eine ungeheure Menschenmenge wohnte dem glänzenden Akte bei. Auch die italienische und ausländische Presse war zahlreich vertreten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 28. September. In dem Lokale des Herrn Krause, Or. Lastadie 57, fand gestern Abend eine sehr zahlreich besuchte Versammlung von Hansbesitzern statt, welche die Verordnung der städtischen Wappholzer betraf. Zunächst der Zeitgruben in Mitleidenhaftigkeit gezogen hat. Es wurde beschlossen, sowohl bei dem Herrn Minister des Innern gegen die Verordnung zu petitioniren, als auch die Rechtsgültigkeit der Verordnung überhaupt anzufechten. Die Sache wird daher noch die höchsten Gerichte beschäftigen. Die Kosten für den Prozeß wurden in der Versammlung selbst gezeichnet. Große Heiterkeit erregte übrigens die Mittheilung, daß in Dresden die dortige Verhörde die Abschaffung der Tonnen-Latrinen und ihren Ersatz durch Senkgruben angeordnet habe. Man fragte sich, ob die Stettiner Wappholzer bei einem etwaigen Personalwechsel sich am Ende im Kaufe der Jahre nicht auch noch auf den Dresdener Standpunkt stellen, und dann wieder den Ersatz der Tonnenlatrine durch die Senkgrube dekretiren werde. Es seien recht wenig angenehme Aussichten für die Gesundheit der Stadt, wenn Senkgrube und Tonnenlatrine immer unumfänglich einander ablösen sollten!

Unter den Eltern, welche ihre Söhne einer der beiden hiesigen Kadettenanstalten anvertraut haben, herrscht große Erregung über die rücksichtslose Art, mit welcher man ohne Weiteres von oben herab bestimmt hat, welche der Kinder in die neue Anstalt kommen und welche in der Ostschule bzw. in der Barnimische bleiben sollen. Man macht nicht mit Unrecht geltend, daß bei den Mittelschulen von den Eltern doch ein ganz anständiges Schulgeld bezahlt werde, und daß daher doch auch den Eltern die Bestimmung zukäme, ob sie ihre Kinder lieber in der Anstalt oder in der Ostschule oder in der Barnimische lassen. Bei den Volksschulen wird ja der Unterricht unisonon erteilt und da die Stadt die Zwangsverpflichtung hat, für die nöthige Anzahl von Volksschulen für den Unterricht aller der dorthin gehenden Kinder zu sorgen, so steht ihr ja für diese auch das Recht zu, zu bestimmen, welche Kinder in die eine oder die andere dieser Schulen gehen sollen. Der Unterricht in den Mittelschulen ist aber überhaupt nicht obligatorisch. Die Eltern schicken ihre Kinder in dieselbe aus freier Wahl, und ebendeshalb muß denselben auch das Recht zustehen, selbst die Schule zu bestimmen, in der sie ihre Kinder sehen wollen.

Stettin, 28. September. Der Kultusminister hat die Provinzialschulkollegien angewiesen, die Magistrate derjenigen Städte, die

